

Landrat Martin Wolf
anlässlich des Neujahrsempfangs
der CSU Mainburg am 08.01.2012

Anrede!

Dank für die Einladung und für die Möglichkeit, das Thema selbst zu wählen.

Ich spreche nicht

- über die lebenswerteste Kleinstadt der Welt (Kreisstadt Pfaffenhofen)
- über den (lt. focus money) Landkreis mit den wirtschaftlich besten Verhältnissen unter den 412 Landkreisen und kreisfreien Städten Deutschlands (Landkreis Pfaffenhofen).

Diese Erfolge sind dennoch ein schöner Einstieg ins Thema: Es sind **Momentaufnahmen**, die natürlich zum Ausdruck bringen, dass die Menschen in unserem Landkreis Pfaffenhofen a.d. Ilm -objektiv von außen betrachtet- gute Chancen auf Wohlstand und Lebensqualität haben. Allerdings gemessen an bestimmten Kriterien, die eben genau für diesen Vergleich herangezogen wurden.

Andere Kriterien bedeuten automatisch einen anderen Tabellenplatz ! Wenn sie mit Menschen in unserem Landkreis sprechen, ob sie sich wie „Platz 1 Menschen“ fühlen, werden sie vielfach ganz andere Aussagen hören.

Wenn diese Tabellen Allgemeingültigkeit hätten, dann dürfte es bei uns ja keinen Politikwechsel mehr geben oder in der Vergangenheit gegeben haben. Das zeigt, vieles ist doch relativ. Und die Aufgabe, welche die Menschen an die Politik stellen, ist vielfach ähnlich.

Unabhängig von Regionen und persönlichen Lebenssituationen.

Ich habe mir ein Thema gewählt, das mir am Herzen liegt und das überhaupt die Motivation für meine politische Tätigkeit darstellt:

Die Stärkung der parlamentarischen Demokratie !

Und ich glaube diese Aufgabe stellt sich überall in Deutschland gleich. Persönlich erlebe ich natürlich nur die Kommunalparlamente – 15 Jahre als Stadtrat und jetzt fünf Monate als Landrat. Als Mitarbeiter eines Ministeriums habe ich allerdings 15 Jahre auch hautnah die Arbeit des Bayer. Landtags erlebt. Als Kommunalpolitiker und Mitglied einer Volkspartei erlebe ich vor allen Dingen, dass wir an der Parteibasis immer wieder auch für Entscheidungen der Mutterpartei mitverantwortlich gemacht werden.

Zunächst behaupte ich: Es herrscht allgemein unverändert ein Grundkonsens in der Gesellschaft, dass die parlamentarische Demokratie die beste aller möglichen Staatsformen für unser Land sei – auch zur Organisation des Gemeinwesens in unseren Kommunen.

Und dennoch kommt diese Überzeugung immer wieder einmal ins Wanken: z. B.

- nach Wahlen mit einer geringen Wahlbeteiligung
- beim Auftreten neuer Parteien, wie den Piraten (ohne abgestimmtes Programm, aber anders als das bisher Dagewesene)
- beim Durchsetzen bestimmter Großprojekte (Umschwenken auf direkte Demokratie)

Ein Beispiel: Meine Landratswahl im vergangenen Sommer: zunächst 34 % Wahlbeteiligung, in der Stichwahl 31 %, dazu mein Wahlergebnis mit rd. 52 Prozent: Aktiv haben mich also lediglich 16 % der Wahlberechtigten im Landkreis zum Landrat gewählt.

Ein zweites Beispiel: Die Piratenpartei. Bei der Wahl zum Abgeordnetenhaus in Berlin am 18. September 2011 erreichten Sie knapp 9 %, in Bayern liegen sie nach einer aktuellen Infratest - Umfrage derzeit bei rd. 4 Prozent, lt. Umfrage der GMS - Marktforschung bei 5 %. Sie könnten bei der Landtagswahl 2013 zum Zünglein an der Waage werden. Auch hier hilft kein reflexartiges Reagieren, wie „die sind für Drogenfreigabe“ oder „die sind für ein völlig geöffnetes INTERNET“ oder „die sind sich ja selbst über das Parteiprogramm nicht einig“ weiter.

Wenn wir für Parteien-Demokratie sind

- werden wir ihnen den Respekt entgegen bringen müssen, den sie sich seit 2006 mit Ihrer Arbeit verdient haben und
- werden wir uns sorgfältig mit ihren Argumenten auseinandersetzen müssen.

Es wird spannend sein zu sehen, ob sie Themen besetzen, die in den Augen der Bevölkerung von den etablierten Parteien im Moment vernachlässigt werden.

Lassen Sie mich einsteigen ins Thema mit einer gesellschafts-politischen Betrachtung.

Gesellschaftsstudie der Bertelsmann Stiftung

Die Bertelsmann Stiftung, die sich seit Jahren mit gesellschafts-politischen Entwicklungen in unserem Lande beschäftigt, hat zum

Jahreswechsel auf 2010 eine tiefenpsychologisch angelegte Studie in Auftrag gegeben.

- 70 Prozent der repräsentativ Befragten haben nach dem Krisenjahr 2008/2009 ihr Vertrauen in zahlreiche Institutionen, Entscheider und Verantwortungsträger verloren. Die sozialen Sicherungssysteme werden skeptisch betrachtet.
- Fast jeder Zweite wünscht sich einen Systemwechsel in Bezug auf unsere repräsentative Demokratie und Marktwirtschaft, so die Erhebungen der Bertelsmann Stiftung.

Das sind alarmierende Ergebnisse. Viele Mitbürger sind resigniert und haben nur noch wenig Vertrauen in die weitere Entwicklung Deutschlands und unsere künftigen Lebensumstände.

Die Bertelsmann Stiftung trifft folgende Analyse:

Der Vertrauensverlust ist nicht nur Ausdruck der aktuellen Finanz- und Bankenkrise, sondern das Ergebnis einer lange unterschätzten Entwicklung. In den 50er, 60er und 70er Jahren gab es einen klaren, von der gesamten Gesellschaft getragenen Konsens, der sich im wesentlichen auf die Formel „Wohlstand durch Wachstum“ reduzieren lässt. Die Politiker hatten „Wohlstand durch Wachstum“ zu organisieren und sie machten das in den Augen der Bevölkerung gut. Den Politikern wurde eine hohe Kompetenz und Glaubwürdigkeit in diesen Fragen zuerkannt.

In den 90er Jahren mit den Grenzöffnungen, dem zunehmenden internationalen Druck auf die Wirtschaft durch Niedrigpreise und Niedriglöhne, kurz durch die zunehmende Globalisierung, gingen die Antworten der Führungskräfte überwiegend in eine Richtung: „Wohlstand durch mehr Produktivität und ein billigeres Lohnniveau.“

Dann behaupten wir uns im Wettbewerb und dann sichern wir uns unseren Lebensunterhalt.

Mehr und mehr rückten die Leistungseliten, die diesem Anspruch am besten gerecht werden, verstärkt in den Mittelpunkt. Und die Politik kümmerte sich verstärkt um diese Eliten. Elitenförderung und Eliteuniversitäten standen im Zentrum der Zielsetzung. Eliten haben freien Zugang in die Ministerien, zu den Bundeskanzlern und zu den Ministerpräsidenten bekommen. Die Eliten sind unser Wohl. Und ich zähle auch die Vertreter der Großbanken dazu.

„Wohlstand durch mehr Produktivität und ein billigeres Lohnniveau.“
Viele Menschen spüren heute, diese Formel allein löst nicht die wichtigen Zukunftsfragen in unserem Land. Wir brauchen neue Antworten.

Ist es ein bisschen mehr an Umwelt ?

Ist es ein bisschen mehr an Sozial ?

Große Teile der Gesellschaft fühlen sich also durch die Politik nicht mehr vertreten. In der zitierten Bertelsmann - Umfrage verbinden die Befragten mit der Gegenwart

- falsche Versprechungen der Wirtschaft und der Politik
- einen profitgetriebenen Raubbau an Mensch und Umwelt
- einen ungezügelt individuellen Egoismus, der über gesellschaftliche Werte dominiert.

Den gegenwärtigen Entscheidungsträgern in Politik und Wirtschaft werden Lobbyismus und Gier, aber auch die Abkoppelung von der Wirklichkeit vorgeworfen. Angeprangert werden ein Zuviel an Bürokratie und ein starres Festhalten an Althergebrachten.

Zitat Liz Mohn, die Leiterin der Bertelsmannstiftung : „Für die nächsten Jahre erhoffen sich die Befragten eine Rückbesinnung auf eine garantierte Grundsicherung für alle Menschen. Doch die Hoffnungen sind vage, die Stimmung in unserem Land offenbart eine immer größer werdende soziale Kluft. Deutschland war einmal ein Land des Aufstiegs. Dass alle Menschen hier, unabhängig von ihrer Herkunft, mehr Bildung, mehr Wohlstand und mehr Anerkennung erlangen können, gehörte zu den großen Versprechen der Nachkriegszeit.Sozialer Aufstieg für alle, war der Motor des westdeutschen Lebensgefühls.

Von diesem Optimismus, der die gesamte Gesellschaft lange getragen hat, ist heute nichts mehr zu spüren. Die gemeinsame Hoffnung, es möge uns allen besser und besser gehen, ist zerbrochen. Die veränderten Wirtschaftsbedingungen der Globalisierung bringt Gewinner und Verlierer hervor, die Gesellschaft fällt auseinander.“

Folgende Entwicklungen stellen wir heute fest:

- Wer in einem sozial benachteiligten Elternhaus aufwächst, hat schlechte Chancen, für das eigene Leben bessere Lebenschancen zu erreichen. Soziale Grenzen zu überwinden oder gar aufzusteigen, ist für die Menschen in unserem Land sehr viel schwieriger geworden.
- Repräsentative Umfragen belegen, dass es längst mehr Menschen gibt, die ihren gesellschaftlichen Status verlieren, als solche die an Status dazugewinnen. Viele glauben, dass es schon den eigenen Kindern nicht mehr möglich sein wird, den Lebensstandard zu halten.
- Traditionelle Beschäftigungsverhältnisse gehen zurück:
Im Dienstleistungssektor sind nur mehr 53,2 % der

Beschäftigten unbefristet und in Vollzeit beschäftigt. Alles andere ist flexibel, mit nicht abschätzbaren Folgen für die gesellschaftliche Stabilität. Interessant ist auch: der Anteil der Frauen, die sich in Deutschland in einem geregelten Arbeitsverhältnis befanden, sank zwischen 2001 und 2008 von 48 auf 43 Prozent.

Wer mit seine Arbeit nichts gewinnen kann, verliert die Motivation. Dies Entwicklung ist gefährlich. Dieser Frage müssen sich die Unternehmen, aber auch die Politik annehmen.

Sehr geehrte Damen und Herren, ich kann Ihnen heute weder eine tiefgreifende Ursachenanalyse noch fertige Lösungen anbieten. Ich bin allerdings überzeugt, dass alle politischen Kräfte, sehr sensibel diese Entwicklungen und die Empfindungen der Menschen, die davon betroffen sind, aufnehmen müssen. Natürlich stellt sich die Frage, was können Europapolitiker, Bundespolitiker, Landespolitiker oder Kommunalpolitiker zu einer besseren Entwicklung beitragen. Eines ist allerdings klar: Alle treffen sie auf ein und denselben Personenkreis.

Erlauben Sie mir eine zweite Betrachtung: Prof. Werner Weidenfeld Direktor des Centrums für Angewandte Politikforschung München hat in diesem Jahr einen Vortrag gehalten zum Thema:

Demokratie am Wendepunkt ?

Prof. Weidenfeld trifft einige bemerkenswerte Feststellungen: Er spricht von einer bürgerlichen Unruhe, die auch die Parteien erfasst,

mit der sie zu kämpfen haben. Er nennt vier Oberflächenbefunde für diese bürgerliche Unruhe:

1. Themen - Hektik:

Atomkatastrophe Fukushima, Hartz IV Erhöhung um 5 oder 8 Euro, Revolution in Nordafrika, Trainerwechsel bei Bayern München, Krankenversicherungsbeiträge 14,9 oder 15,5 %, Führungsversagen auf der Gorch-Fock, PKW – Maut; Doktorarbeit von zu Guttenberg;

Jede Woche andere Themen in den Nachrichten und Talkshows. Jede Woche andere Politiker und dann wieder die gleichen. Alle Politiker sprechen zu allen Themen.

Was ist jetzt wirklich wichtig für das Leben der Menschen in Deutschland ? Wer kann das noch beurteilen ?

2. Erdrutschartige Wählerbewegungen:

z.B. Hamburg: CDU minus 20,7%, SPD plus 14,3 %; oder Baden-Württemberg: Grüne plus 12,5 %; oder Rheinland-Pfalz: Grüne plus 10,8 % SPD minus 9,9 Prozente; ähnlich hoch sind die Wanderungen von Nichtwählern zu Wählern und umgekehrt. Die Parteien reagieren ebenfalls hektisch durch immer häufigeres Wechseln der Führungsstruktur. Am markantesten die SPD: Zehn Vorsitzende in 22 Jahren oder sechs in den letzten 10 Jahren. Zur Erinnerung: 1969, dem Jahr als Willy Brandt Kanzler wurde durch eine neue Koalition von SPD und FDP, was im politisch kulturellen Klima des Landes eine große Aufregung auslöste, betrug die Wählerverschiebung hin zur neuen Regierung gerade mal 3,4 %.

3. Neuer Trend des Protestierens:

Die Proteste gegen die Castortransporte nach Gorleben erleben nicht erreichte Ausmaße, beim Projekt Stuttgart 21 gehen die

Proteste auch nach der Volksabstimmung weiter; oder auch regional intensive Widerstände bei Digitalfunkmasten, bei Windrädern oder landwirtschaftlichen Tierhaltungssystemen.

4. Die andere Art und die andere Geschwindigkeit der Kommunikation durch das INTERNET:

Was morgen in der Zeitung steht, lese ich nicht nur am Abend zuvor schon im Internet, nein es ist bis Mitternacht auch schon hundertfach kommentiert. Das bedeutet unter Umständen: Eine Parteiveranstaltung ist noch nicht einmal beendet und sie ist bereits hundertfach oder tausendfach „in der Luft“ zerrissen oder sie kommt durch gute Internetbegleitung gut aus den Startlöchern.

Parteien haben sich auf örtlicher Ebene oft noch nicht auf das Begleiten der Aktivitäten im Netz eingestellt oder lehnen es ab. Prof. Jürgen Habermas aus Düsseldorf, ein weltweit bekannter Philosoph und Soziologe der Gegenwart, bezeichnet das als „Generation der Kurzatmigkeit“

Wenn wir hinter diese Oberfläche blicken, lassen sich nach Prof. Weidenfeld nachhaltige Trends erkennen ?

Erster Trend: Die Menschen wählen immer weniger traditionell !

Man halte sich vor Augen: 1998 also fast 50 Jahre nach Gründung der Bundesregierung gab es zum erstenmal einen vom Wähler erzwungenen Regierungswechsel. Vorher waren es, wenn es einmal zu einem Regierungswechsel kam, Koalitionswechsel, nicht erzwungen vom Wahlergebnis. Ganz nebenbei: Die traditionellen Volksparteien (CDU/CSU, SPD, FDP) hatten 1976 noch 92,2% der Stimmen gebunden, 2005 waren es 69 % und 2009 noch 56,8 %. Die

Volksparteien haben in den zurückliegenden Jahren die Hälfte ihrer Mitglieder verloren.

70 % der Bürger sagen, sie sähen keinen Unterschied mehr zwischen den Parteien. Mehr als 10 % der Bürger entscheiden sich beim Wählen erst auf dem Weg von der Wohnung bis zum Wahllokal.

Zweiter Trend: Der Trend zur Pluralisierung der Parteienlandschaft wird anhalten, einschließlich unterschiedlicher und wechselnder Koalitionsstrickmuster. Zunächst Schwarz Grün in Hamburg, dann Jamaika im Saarland. Interessant ist, dass die Menschen mit neuen Parteien Hoffnungen verbinden, von denen Sie vielleicht ein paar Schlagworte, aber weder einen Spitzenpolitiker noch ein Parteiprogramm kennen. Stichwort Piraten-Partei.

Dritter Trend: Traditionelle Wählermilieus bestehen nicht mehr, z. B. ein SPD-Arbeitermilieu, ein katholisch-christliches CDU/CSU-Milieu, ein protestgetragenes Grünen-Milieu das heißt Parteien, die lediglich auf ihr Stammmilieu setzen, können keine Wahlen mehr gewinnen.

Vierter Trend: Die Menschen haben weniger Vertrauen in die Politik. Allgemein gibt es einen dramatischen Vertrauensverlust in der gesamten Gesellschaft. 54 % der Deutschen sagen, sie können niemanden (!) Vertrauen. Dieser Vertrauensverlust erfasst natürlich auch die Parteien. Ausnahmen bilden noch die Polizei und das Verfassungsgericht.

Bei Umfragen antworten auf die (ich gebe zu provozierende) Frage, „Vertrauen sie der Politik“, nur mehr rund 10 % mit ja. Überprüfen Sie sich einmal selbst.

Lösungsansätze für die Parteiendemokratie

Jetzt habe ich Sie zu Beginn eines neuen Jahres mit einer Reihe von Negativ-Betrachtungen konfrontiert. Vielleicht war Ihnen das zuviel auf einmal. Und das von einem Politik-Vertreter, der aus dem Landkreis Nr. 1 kommt. Dass soll keine pessimistische Betrachtung sein- im Gegenteil. Wenn wir es richtig angehen, ist jede Menge Platz für berechtigten Optimismus.

Welche Lösungsansätze wären nun in einer zukunftsfähigen Parteiendemokratie denkbar ?

Ich beginne mit vier Lösungsansätzen, die Prof. Weidenfeld aufzählt:

1. Parteien müssen eine programmatische Orientierung leisten. Nicht von Thema zu Thema springen, sondern in der Datenfülle eine Linie aufzeigen, dies sei die Aufgabe. Eine Deutungsleitung für die Gesellschaft erbringen. In der Management Literatur ist man sich zwischenzeitlich einig: Daten ordnen ist eine echte Führungsaufgabe.
2. Parteien müssen die sprunghafte Hektik durch längerfristiges strategisches Denken und Handeln ersetzen. Weidenfeld nennt als Beispiel Jacques Delors, EU-Kommissionspräsident von 1985 bis 1994, der zu Mitterand und Kohl gesagt hat: Ich brauche vier Monate um nachzudenken, wie wir mit Europa am besten voran kommen. Und sie wurden im gegeben. Man stelle

sich das heute einmal vor.

3. Die Parteien müssen die Partizipation (Teilhabe) der Menschen am politischen Geschehen erhöhen.

Und dafür gibt es gute Chancen. Die Bereitschaft zum freiwilligen Engagement wächst wieder. Wissenschaftliche Untersuchungen belegen, 36 % aller Bürger engagieren sich irgendwie für die Gesellschaft. Weitere 30 % sagen, sie seien bereit sich zu engagieren, wissen aber noch nicht genau wie. 89 % der Nichtwähler fordern mehr Beteiligung. Und alle hier Angesprochenen fordern bessere Information. Wir müssen also intensiv über neue Formen der Beteiligung nachdenken. Das Internet ist dabei nur eine der Möglichkeiten.

4. Die Parteien müssen eine zuverlässige Kommunikation betreiben. Was heute früh erklärt worden ist, muss heute Abend noch gelten und muss auch morgen noch gelten. Und wenn es nicht mehr gilt, muss erklärt werden, warum.

Ich möchte den Gedanken von Weidenfeld noch vier eigene hinzufügen:

1. Meinen Betrachtungen aus der Bertelsmann Stiftung und zum Zustand des gesellschaftlichen Vertrauens in der Gesellschaft mögen auf eines besonders hinweisen: Nicht alles ist super, nicht im Bundesland Nr. 1 und nicht im Landkreis Nr. 1. Für eine Partei, die erfolgreich sein und bleiben will, ist es nicht ausreichend immer nur die Erfolge herauszustellen. Sie muss immer wieder ansprechen, was sie verändern will, und wie sie

es verändern will.

2. Wenn wir von Partizipation (Teilhabe) sprechen, müssen wir insbesondere die Jugend ansprechen. Wenn wir überzeugt sind, dass die parlamentarische Demokratie die beste Staatsform ist, dann müssen wir das in erster Linie der Jugend vermitteln. An sie müssen wir den Auftrag weitergeben, auf diesen Staat aufzupassen. Ich erlebe im Moment zwei Richtungen: Der eine Teil der Jugend bringt sich hoch engagiert in die politische Arbeit ein. Die andere Teil will mit politischen Parteien keinesfalls in Berührung kommen. Das hat sicher mit den Vertrauens- und Image-Gründen zu tun, die ich oben aufgezählt habe.
3. Wenn Weidenfeld davon spricht, sprunghafte Hektik durch strategisches Handeln zu ersetzen, so will ich das wie folgt übersetzen: Wir sollten bei wichtigen Themen zunächst Anlauf nehmen, dann aber auch tatsächlich Abspringen. Das hat auch zu tun mit Partizipation. Die Bürger können bereits am Anlauf, also an der Vorbereitung teilhaben. Ein Beispiel: Außenstelle Landratsamt im Landkreis Pfaffenhofen.
4. Wir brauchen einen respektvoller Umgang der Parteienvertreter untereinander. Politiker müssen nicht die besseren Menschen sein. Aber wenn sie Orientierung geben wollen, dann müssen Sie zuerst Orientierung geben im Umgang untereinander. Es ist zweifelsohne eine gewisse Kunst, die Meinung eines anderen deutlich zu kritisieren ohne ihn persönlich herabzusetzen. Ich

bin allerdings überzeugt, diese Kunst ist allen in der Politik Tätigen in der heutigen Zeit mehr denn je abverlangt.

Schluss

Ich komme zum Schluss und danke Ihnen, dass sie sich darauf eingelassen haben, mit mir etwas über Politik nachzudenken. Ich denke, das ist gerade zu Beginn eines Jahres ein passendes Thema. Jetzt, wo wir uns Ziele für das neue Jahr vornehmen, wo vielfach Parteiklausuren anstehen, wo Überlegungen für die Wahlkämpfe der nächsten Jahre getroffen werden.

Im Kern geht es um Vertrauen. Wir, die wir in der Politik tätig sind, brauchen das Vertrauen der Menschen.

Aber nicht nur die Politiker, auch alle anderen, die unsere Gesellschaft tragen, die Unternehmer, die Führungskräfte in den Verbänden. Eine ganze Gesellschaft lebt vom Vertrauensvorschuss. Wenn sie der Verkaufsplattform ebay Vertrauen können, ist das ein wunderbarer Markt zum Ein- und Verkaufen von gebrauchten Gütern. Wenn sie uns nicht vertrauen können, ist diese Chance verschenkt oder zumindest mit permanenten Rechtsstreitereien lahmgelegt.

Wenn wir der Kommunikationsplattform Facebook vertrauen können, ist das eine großartige neue Form des Informationsaustausches.

Wenn nicht, dann haben sich die Verantwortlichen oder unsere Gesellschaft selbst durch ihre Art das zu nutzen, um eine wunderbare Kommunikationschance gebracht.

Wenn sie einem Handwerker nicht vertrauen können und den ganzen Tag kontrollieren müssen, sind sie selbst dadurch lahmgelegt. Eine

Gesellschaft, die sich misstraut, kann sich selbst in großen Teilen lahm legen.

Meine Damen und Herren, sie merken, ich werbe bei Ihnen um Vertrauen, nicht für mich persönlich, sondern dass wir Vertrauensbildung als Teil unserer Arbeit verstehen, wo immer wir stehen.

Ich verstehe meinen heutigen Besuch in Mainburg auch als Besuch bei guten Nachbarn. Wie ich überhaupt interessiert bin an einer guten Nachbarschaft. Ich bin überzeugt, auch gute Nachbarn sollten sich Vertrauen können. Wenn alle immer nur gewinnen wollen, und das zur Not auch auf Kosten von anderen, verlieren zum Schluss alle.

Und so wünsche ich dem CSU Ortsverband Mainburg ein erfolgreiches Wirken im Jahr 2012. Ihnen allen, die sie gekommen sind wünsche ich alles Gute für das neue Jahr 2012 – vor allem Gesundheit, Erfolg und Gottes Segen.